

Frühlings Erwachen – oder die Schönheit des ›Megastreiks‹

Passiert gegenwärtig nicht Aufregendes? Der Streikfrühling ist ausgebrochen und treibt Blüten, es wuchern faszinierende Verbindungen, wie sie nun einmal einzugehen sind, damit es endlich besser wird: Am 3. März war der Klimastreik von *Fridays for Future* verbunden mit den Warnstreiks im Öffentlichen Nahverkehr durch die Kolleg*innen von *ver.di*. Der Hauptgeschäftsführer der *Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände* (BDA) Steffen Kampeter erfuhr eine »gefährliche Grenzüberschreitung«, beklagte das »Vermischen von Arbeitskämpfen und allgemeinpolitischen Zielen« (Deutschlandfunk, 3. März 2023). Wenn bereits legale und völlig friedliche Aktionen als »gefährlich« gelten, sagt dies doch einiges über die Nervosität der Gegenseite aus. Die Strategie der Spaltung, die Widersprüche zwischen unterschiedlichen sozialen Bewegungen zu gebrauchen, um deren politische Geltung zu begrenzen, funktionierte hier nicht mehr. Ein Momentum, das es zu nutzen gilt. Die Klimakrise zu bewältigen, das verlangt eine Verkehrswende, die sozial gerecht gestaltet werden muss, die aber offenkundig nicht einfach durch gewählte Vertreter*innen bewerkstelligt wird. Dafür bedarf es eines Drucks, der auch materiell spürbar ist.

Als am 23. März gemeinsam bei der Flugsicherheit, in Häfen, im Nah- und Fernverkehr gestreikt wurde und Gewerkschaften sich verbanden, sprach Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer der *Arbeitsgemeinschaft deutscher Verkehrsflughäfen* (ADV) davon, dass er darin den »Versuch« erblicke, »per Generalstreik französische Verhältnisse in Deutschland einziehen zu lassen« (FAZ, 24. März 2023). Hier werden reaktionäre Traditionen fortgeschrieben, wenn die Verhältnisse jenseits des Rheines als problematisch gesetzt werden, als sei dies dem »braven Michel« »wesensfremd«. Hausgemacht ist diese Notwendigkeit, durch vereinigte Kräfte eine Haltung in den Staatsapparaten und Chefetagen zu erschüttern, welche immer noch Reallohnverluste als »wirtschaftliche Vernunft« schönredet und seit einem Jahr davor warnt, dass steigende Löhne nur die Inflation befeuern. Diese Erzählung wurde schon bei den letzten Verhandlungen bemüht, die Inflation stieg ungebrochen weiter und über die Profit-Preis-Spirale sprechen leider immer noch zu wenige.

Diese Warnstreiks waren erfolgreich, weil sie eben nicht unbemerkt blieben, weil sie relativ plötzlich und in einer Dichte auftraten, dass sie nicht übergangen werden konnten. Daher auch diese schrille Rhetorik, die ihre Gegner*innen in grellsten Farben malt und dabei die Verhältnisse einfach auf den Kopf stellt: Der Streik schade der ›arbeitenden Bevölkerung‹, eine ›Minderheit‹ setze rücksichtslos ihre Interessen gegenüber einer ›Mehrheit‹ durch! Folgerichtig in diesem Denken also, dass das Streikrecht einzuschränken sei, wir auch mal weniger Demokratie wagen müssten. Verkehrte Welt: Das deutsche Streikrecht entstammt nicht nur einer obrigkeitstaatlichen Tradition, sondern ist im europäischen Vergleich restriktiv und muss dringend erweitert werden. Die Gefährt*innen der GEW Berlin haben mit anderen die *Kampagne für ein umfassendes Streikrecht* gestartet, die ihr unterstützen solltet (siehe dazu: reichtaufstreik.noblogs.org)! Ob es um die Miete oder Preise, das Klima oder Geschlechterverhältnisse geht, in der Bundesrepublik *gilt* der politische Streik als verboten und so ist sozialen Bewegungen ein Mittel genommen, um sich auch gegen die Lobbygruppen und Rechtsabteilungen der Konzerne in der Öffentlichkeit behaupten zu können. Die Abschaffung des Streikverbots für Beamt*innen kann ein erster Schritt in diese Richtung sein. Verfolgen wir also aufmerksam, ob die Straßburger Richter*innen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte diesen Weg ein Stück mit uns gehen werden (auf gew.de findet ihr unter »Beamtenstreik« die nötigen Informationen!).

Die Zukunft ist nicht männlich

Doch es gab noch eine entscheidende Verbindung in diesem Frühling: Unsere Kolleg*innen in den Kindertagesstätten und sozialen Einrichtungen streikten am 8. März, dem Internationalen feministischen Kampftag. Das ist nicht nur eine Verbindung mit der Geschichte, die an diesem Tag im Jahre 1917 in St. Petersburg beginnt, als Textilarbeiter*innen ihre Arbeit niederlegten. Im letzten Jahrzehnt ist dieser Tag wieder verstärkt mit politischen Streiks verbunden worden, zuerst in Argentinien und dann in immer mehr Ländern der Welt. Was lange Zeit unvorstellbar schien, gelang spanischen Aktivist*innen dann am 8. März 2018: Sechs Millionen Menschen legten ihre Arbeit nie-

der, in über 300 Städten gab es Boykottaktionen, und Massendemonstrationen. Auslöser all dieser Streikaktionen war die immer noch anhaltende Gewalt gegen Frauen*, sodann auch die ungleich verteilte Last der Haus- und Sorgearbeit, sowie die geringeren Löhne. Unseren Streik mit dem 8. März, mit der feministischen Bewegung zu verbinden, ist geboten, weil die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung und Entlohnung dieser Tätigkeiten mit dem alltäglichen sexistischen Elend zusammenhängt.

Wie über Streik gesprochen wird, ob er »lahmlegt«, »kaputt macht« oder »befreit« und »ermächtigt«, welche Bilder dadurch erzeugt werden, wenn Menschen miteinander ins Gespräch kommen, ob nun im Lehrer*innenzimmer oder im Büro, in der Werkhalle oder im Wartezimmer, das ist nicht einfach nebensächlich oder bloße Formsache. Ob wir vom »Arbeitgeber« sprechen oder vom »Kapitalisten«, vom »Fräulein« oder »Herrlein«, das ist Moment unseres Verhältnisses zur Welt. Den Schwerpunkt unserer Ausgabe, dessen Titel *Gendern in Hamburg* von einer Kampagne des Hamburger



Ob es um die Miete oder Preise, das Klima oder Geschlechterverhältnisse geht, in der Bundesrepublik gilt der politische Streik als verboten und so ist sozialen Bewegungen ein Mittel genommen, um sich auch gegen die Lobbygruppen und Rechtsabteilungen der Konzerne in der Öffentlichkeit behaupten zu können.

Landesfrauenrats inspiriert ist, widmen wir einer Selbstverständlichkeit – denn wir alle »gendern« alltäglich, wenn wir sprechen. Unsere Sprache benennt und gebraucht Geschlechter, sie ist gar nicht vom »gendern« zu trennen, eben auch und gerade,

wenn wir diese männliche, diese so selbstverständliche Form gebrauchen. Es waren gerade rechte wie konservative Akteur*innen, die die »Gendersprache« als das Werkzeug einer akademischen Minderheit brandmarkten, denen es nur darum ginge, die Bürger*innen zu spalten, die »Massen« ihrem Willen zu unterwerfen, gut bezahlte Posten zu ergattern und Unfrieden zu stiften. Diese Taktik kennen wir schon: Man kehrt einfach eine Position um, macht aus einer Praxis, die mehr Menschen anspricht und inkludiert, die Ausgrenzungsgeste einer abgehobenen Elite, die wieder irgendeiner ausländischen Mode hinterherlaufe! Die Hamburger Kampagne *Schluss mit Gendersprache in Schule und Verwaltung* reiht sich ein in die rechten Mobilisierungen der letzten Jahre, die vermeintlich für die Freiheit der Rede eintreten, aber das mit einem Verbot durchsetzen wollen. Sie behaupten, dass die Gleichberechtigung längst verwirklicht sei, es doch viel Wichtigeres als das Gendern gäbe – und echauffieren sich zugleich über diesen niedlichen Genderstern als Zeichen des Kulturverfalls und Keim eines neuen Totalitarismus. Schwerpunkt dieser Ausgabe wird also sein, zu zeigen, warum unsere Gewerkschaft hier Partei ergreift und ergreifen muss – weswegen unser aller Sprechen und Handeln dazu beitragen sollte, dass diese Kampagne scheitert.

EURE REDAKTION

PS: Die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes war eines der Vorhaben der Ampel-Koalition. Das Elend der befristeten Stellen ist groß – prekäre Arbeitsverhältnisse betreffen die überwältigende Mehrheit der im wissenschaftlichen Betrieb Tätigen. Dementsprechend scharf ist der akademische Wettbewerb, dementsprechend groß ist die Erschöpfung der Forschenden, Lehrenden und auch der studentischen Beschäftigten. Der jüngst vorgestellte Entwurf einer »Überarbeitung« überstand aus guten Gründen den Shitstorm der Empörung nicht, der die üblichen Twitterblasen hinter sich lassen konnte. Wir werden uns im Schwerpunkt der kommenden Ausgabe diesem Feld widmen, denn es wird darauf ankommen, den öffentlichen Druck zu verstärken, von daher gilt weiterhin: *#IchBinHanna*, *#IchBinReyhan*, *#StopTheCuts*, *#Dauerstellen*, *#KeineAusnahme*.

PPS: Gerade, ganz kurz vor Druck, erreichte uns noch eine erfreuliche Meldung: Unsere Kolleg*innen der *Internationalen Schule Hamburg* (ISH) treten am 6. April in den Warnstreik für einen Tarifvertrag, für den sie mit Unterstützung der GEW schon seit einiger Zeit kämpfen! We wish you all the luck in the world!